

Auswertung der Zuschriften zum Entwurf des Afghanistan Positionspapiers

- Fast alle Rückmeldungen haben das Verfahren, dass die Parteibasis zu einem wichtigen Thema befragt wird, ausdrücklich begrüßt.
- Mehrfach bemängelt wurde der enge zeitliche Rahmen, in dem eine Rückmeldung gegeben werden sollte. Daher wurden Stellungnahmen auch noch für einen späteren Zeitraum angekündigt.
- Angeregt wurde, auch andere Themen in einem ähnlichen Verfahren zu behandeln.
- Insgesamt 108 Zuschriften sind seit dem Mailing vom 26. 1. 10 eingegangen.
- 52% der Zuschriften sind Rückmeldungen aufgrund von Versammlungen oder Beschlüsse der OV-, KV-, oder UB-Ebene. Es gibt auch fünf LV-Stellungnahmen (BW, HB, MV, SH, ST). Der LV Berlin erarbeitet eine bis zum 23. 2. 10. Der AG 60 plus Vorstand hat sich als einzige Arbeitsgemeinschaft zurückgemeldet.

- Die Auswertung ist aufgrund unterschiedlicher Qualität der Zuschriften (von Konzentration auf Einzelaspekte bis umfassende Strategien; von Landesparteitagsbeschluss bis Einzelmeinung) sehr schwierig und kann nur eine Grundtendenz widerspiegeln. Man kann die Zuschriften, wie folgt, zusammenfassen:
 - 56% sind für den Abzugskorridor 2013 – 2015, 30% für sofortigen bis baldigen Abzug, 14% indifferent.
 - 35% sind gegen eine Aufstockung des Bundeswehrrkontingents, 4% für eine signifikante Aufstockung, 46% schließen sich dem Positionspapier an, 15% sind indifferent.
 - Die indifferenten Zuschriften berichten über kontroverse OV-, KV-, oder UB-Diskussionen, fokussieren teilweise auf Einzelaspekte oder melden, dass sie sich erst nach dem 18. 2. 10 mit Afghanistan beschäftigen werden.
 - Bei den Einzelaspekten gibt es eine Häufung bei der Forderung nach mehr Engagement beim zivilen Aufbau insbesondere für Bildung, mehr Ausbildung für afghanische Sicherheitskräfte und bei der Drogenbekämpfung.

Erläuternde Zusammenfassung der Afghanistan-Zuschriften mit ausgewählten Zitaten

Wie geht es weiter mit dem internationalen und deutschen Engagement in Afghanistan? Dieser schwierigen, aber notwendigen Debatte hat sich die SPD in vielen ihrer Gliederungen in internen Diskussionen und öffentlichen Veranstaltungen in den letzten Wochen gestellt.

Die Partei führt die Debatte in den Ortsvereinen, Kreisen, Unterbezirken, Bezirken, Landesverbänden und Arbeitsgemeinschaften auch nach der Entscheidung im Deutschen Bundestag am kommenden Freitag weiter. Darauf wird in vielen Zuschriften hingewiesen. Wir werden weiterdiskutieren, „dafür ist uns dieses Thema zu wichtig!“, schrieb stellvertretend für andere Marcus Graeve, der Ortsvereinsvorsitzende von Lemgo.

Über 100 Eingaben kamen aus den Parteigliederungen, zusätzlich zu vielen Briefen, Faxen und Emails. Auch die Telefonleitungen im Willy-Brandt-Haus sind heiß gelaufen. So schrieb für den Ortsverein Lerchenfeld/Stockenhut in Weiden der Vorsitzende Norbert Freundorfer: „Wir erkennen in der Befragung der Unterorganisationen zu einem Sachthema einen sehr positiven Schritt in die richtige Richtung. Bitte macht weiter so!“

Inhaltlich ist dem Entwurf des Positionspapiers des Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel und Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier überwiegend zugestimmt worden. So meldete der Landesvorstand Baden-Württemberg: „Im Ergebnis wurde die Unterstützung des SPD-Landesvorstands für das Papier mit Maßgaben festgestellt. Es bildet eine gute Voraussetzung, um an der Parteibasis ausführlich über die Problematik zu diskutieren.“

Mehrheitlich sprachen sich die Gliederungen gegen neue deutsche Kampftruppen aus. Exemplarisch sei hier der Beschluss des Bundesvorstands der Arbeitsgemeinschaft 60 plus zitiert: „Wir Älteren haben ja noch schmerzhaft Erfahrungen mit einem

verbrecherischen und menschenverachtenden Regime gemacht. Deshalb unterstützen wir alle Maßnahmen, die zur Verhinderung solcher Regime beitragen. Wichtig ist für uns, dass keine Aufstockung der Truppen für Kampfeinsätze erfolgt.“

Ebenfalls breit befürwortet wurden eine deutliche Aufstockung der zivilen Mittel und die Ausbildung von mehr afghanischen Sicherheitskräften, um die Eigenverantwortung Afghanistans zu stärken. Matthias Schröder, der stellvertretende Vorsitzende der SPD Esslingen, berichtet von der im Ortsverein geführten Diskussion: „Der Fokus sollte in der verbleibenden Zeit eher auf der Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte sowie auf der Zurverfügungstellung von Polizeiausbildern und vor allem bei der Unterstützung des zivilen Wiederaufbaus liegen.“

In der Mehrheit der Zuschriften wird gefordert, dass der Abzug der deutschen Truppen im Einklang mit den amerikanischen Plänen ab 2011 beginnen soll. Auch die Benennung eines Zeitkorridors für das Ende unserer militärischen Kampfhandlungen im Einklang mit den Plänen der afghanischen Regierung 2013 – 2015 wird positiv aufgenommen. Wie andere berichtet Winfried Keller, Geschäftsführer des SPD-Kreisverbands Herford, über Ihre Afghanistan-Versammlung: „Übereinstimmendes Fazit der Versammlungsteilnehmer war der Wunsch, mit dem Abzug der Bundeswehr 2011 zu beginnen und diesen Prozess bis 2015 zum Abschluss zu bringen (,geordneter Rückzug').“

Es gab auch kritische Stimmen aus der Partei zum Entwurf des Positionspapiers. Eine signifikante Minderheit zweifelt nach dem 8jährigen internationalen Einsatz an dem Erfolg und mahnt einen zügigeren Rückzug der deutschen Bundeswehr aus Afghanistan an. „Wir sind dafür, den militärischen Einsatz möglichst bald zu beenden, aber das zivile Engagement deutlich zu verstärken.“, fasst der Vorsitzende der SPD Lohbrügge, Michael Schütze, die Diskussion vor Ort zusammen. Auch die Abteilung Berlin Karlshorst / Friedrichsfelde Süd fordert: „Die SPD (...) setzt sich dafür ein, dass bis zum Ende des Jahres 2010 ein Plan erarbeitet wird, der einen Abzug der Bundeswehr spätestens bis Ende 2011 regelt, ohne die zivilen Aufbauenerfolge zu gefährden.“

Eine kleine Minderheit spricht sich für eine Truppenaufstockung aus. So schreibt Klaus-Georg Wendt aus Dessighofen: „Es ist sehr traurig, das wir nicht in der Lage sind, unsere Truppenstärke auf min. 10.000 Soldaten (auch Polizisten) zu erhöhen, um effektiv etwas zu erreichen.“

Viele der Gliederungen haben detaillierte Antworten mit Hinweisen zu Einzelaspekten gegeben, die von der intensiven Beschäftigung mit der Materie zeugen. Diese können hier wegen der Fülle nicht abgebildet werden, aber mit einem Beispiel illustriert werden. In einer Stellungnahme des Fachausschusses Internationales der Berliner SPD führt deren Vorsitzender Karl-Heinz Niedermeyer zu der Ankündigung der Verdoppelung der Mittel für den zivilen Aufbau und die Entwicklungszusammenarbeit aus: „Zu den zivilen Mitteln gehören zunächst diejenigen, die von den ISAF-Teilnehmerstaaten der afghanischen Regierung zur Verfügung gestellt werden, um das Land und seine Infrastruktur, Verwaltung, Justiz, sein Bildungs- und Gesundheitswesen aufzubauen und damit den Nährboden des Terrorismus zum Verschwinden zu bringen. Dies macht (...) 20% der von den ISAF-Staaten bereitgestellten Mittel. Dieser Anteil soll nach den Londoner Beschlüssen auf 50% erhöht werden, allerdings erst ab Ende dieses Jahres nach Abarbeitung eines Verpflichtungskatalogs wie Bekämpfung der Korruption, schrittweise Übernahme von Sicherheitsaufgaben, Aufbau eines Rechtsstaats usw. durch die afghanische Regierung.“